

Übersichten

Außenpolitik

* (1) DDR-Delegation in China voller "Dankbarkeit" empfangen

Unter Leitung des Politbüromitglieds - und nachmaligen ZK-Generalsekretärs -Egon Krenz stattete eine DDR-Partei- und Regierungsdelegation der VR China anlässlich des 40-Jahre-Jubiläums einen Besuch ab.

ZK-Generalsekretär Jiang Zemin wies bei einem Empfang am 26.9. darauf hin, daß sich das Verhältnis zwischen beiden Staaten seit dem Chinabesuch von Generalsekretär Erich Honecker (1986) immer mehr verbessert habe. Vor allem bedankte sich Jiang bei der SED und der DDR-Regierung dafür, daß sie als erste in der Welt die Niederschlagung des "konterrevolutionären Putsches" in China unterstützt hätten. Jiang würdigte ferner die Erfolge, die die DDR unter schweren Bedingungen beim sozialistischen Aufbau erzielt habe und betonte, daß die VR China den Kampf der SED und der DDR-Regierung um die Verwirklichung des Sozialismus und um die Wahrung der staatlichen Souveränität stets unterstützen werde (XNA, 27.9.89).

Den Dank für die moralische und politische Unterstützung durch die DDR anlässlich der Niederschlagung der Studentenbewegung sprach auch Politbüromitglied Qiao Shi aus. Qiao und Krenz - beide oberste Stasispezialisten ihrer jeweiligen Partei- und Staatsführungen - verstanden sich offensichtlich prächtig. Nach den Worten Qiaos "unterstützt China Partei und Regierung der DDR bei der Entwicklung des Sozialismus, der Verteidigung der staatlichen Souveränität und beim Kampf gegen jede Bemühung, den Sozialismus in der DDR auszuhöhlen" (XNA, 26.9.89). Zwar sei es in den ost-westli-

chen Beziehungen zu einer gewissen Entspannung gekommen, doch gebe es "unter den westlichen Ländern immer noch feindliche Kräfte, die sich bemühen, der 'friedlichen Evolution' vom Sozialismus zum Kommunismus Hindernisse in den Weg zu legen". Aus diesem Grunde müßten die sozialistischen Länder wachsam sein.

Qiao stieß bei seinem Gesprächspartner auf volles Verständnis, als er verkündete, daß es sich bei den Studentenunruhen um "eine konterrevolutionäre Rebellion" gehandelt habe. Umgekehrt applaudierte Qiao seinem Gesprächspartner, als dieser die Gründung der DDR als "bedeutenden Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes und in der Geschichte Europas" herausstellte. Die DDR werde alles in ihren Kräften Stehende tun, um ihren Sozialismus und die "politische Macht der Arbeiter und Bauern" (sic!) weiter auszubauen. Die DDR werde sich an das Prinzip halten, die bisherige Politik fortzusetzen und zugleich Reformen einzuführen (ebenda).

Auch der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Wan Li, der sich noch auf dem Höhepunkt der Studentenunruhen gegen ein gewaltsames Vorgehen ausgesprochen hatte, stieß in das gleiche Horn wie Jiang und Qiao, sprach von "konterrevolutionärem Putsch" und bedankte sich ebenfalls für die DDR-Unterstützung. Bekanntlich hatte die Volkskammer in Ostberlin in einer Erklärung vom 8. Juni 1989 die Maßnahmen der chinesischen Regierung feierlich "unterstützt".

Wan Li erinnerte ebenfalls an die guten Beziehungen zwischen beiden Staaten und wies in diesem Zusammenhang auf den Besuch des Vorsitzenden des DDR-Ministerrats, Horst Sindermann, i.J. 1985 hin (XNA, 27.9.89).

Im Anschluß an den Beijing-Besuch hielt sich die Delegation zwei Tage lang in Chengdu auf, wo es bekanntlich

nur wenige Wochen vorher ebenfalls zu blutigen Zusammenstößen zwischen Armee und Studenten gekommen war (XNA, 28.9.89); offensichtlich wollte die Krenz-Delegation keine Gelegenheit auslassen, ihr Verständnis und ihren Applaus für die Niederschlagung der demokratischen Bewegung gerade an den heikelsten Punkten der politischen Landkarte Chinas zum Ausdruck zu bringen - nicht gerade eine Empfehlung für seine Wahl zum SED-Generalsekretär am 18.10.1989. Ob die am 18.10. in Ostberlin abgegebenen Reformbekundungen des Egon Krenz besonders ehrlich gemeint waren, erscheint im Lichte seiner Beijing-Erklärungen zweifelhaft.

Fast zur gleichen Zeit wie die VR China feierte auch die DDR ihr 40.Gründungsjubiläum. Aus diesem Anlaß nahm - auf Einladung des ZK der SED und der DDR-Regierung - eine chinesische Delegation unter Leitung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Yao Yilin vom 2. bis zum 9.Oktober 1989 an den Feierlichkeiten in Ostberlin teil. Auch hierbei ergab sich erneut Gelegenheit, sich der gegenseitigen Loyalität und der Richtigkeit der beiderseitigen Politik zu versichern - und dies, obwohl gleichzeitig, wie Yao Yilin recht wohl wußte, Zehntausende von DDR-Bewohnern gegen diese Politik mit ihren Füßen stimmten. -we-

* (2) Ceausescu begrüßt die Niederschlagung des "konterrevolutionären Putsches"

Anlässlich eines Empfangs für den Vorsitzenden des chinesischen Ausschusses für Zusammenarbeit in Wirtschaft und Technik am 20.September in Bukarest lobte Generalsekretär Ceausescu die Niederschlagung des "konterrevolutionären Putsches" vom Juni 1989 - etwas anderes war von ihm wohl auch kaum zu erwarten! Die Regierungen und Parteien der sozialistischen Länder sollten, wo immer nötig, Maßnahmen ergreifen, um konterrevolutionäre Putsche jeder Art niederzuschlagen. Nach rumänischer Ansicht solle die chinesische Partei und die chinesische Regierung auch künftig alle Maßnahmen ergreifen, um den Sozialismus, die Unabhängigkeit des Landes und den Wohlstand des Volkes zu schützen (XNA, 22.9.89). -we-

***(3)
Hoher Vertreter Nicaraguas unterstützt das Massaker vom 4. Juni**

Bei einem Zusammentreffen mit dem früheren chinesischen Staatspräsidenten Li Xiannian erklärte Henry Ruiz, Mitglied des Nationalen Direktoriums der Sandinistischen Befreiungsfront Nicaraguas und Minister für Zusammenarbeit mit dem Ausland, daß Chinas Niederwerfung des "konterrevolutionären Putsches" Anfang Juni dieses Jahres von "internationaler strategischer Bedeutung" sei. China habe darin die volle Unterstützung Nicaraguas. Die Imperialisten, so erklärte Ruiz, würden ihre Strategie nie ändern. Jeder der sich irgendwelcher Illusionen hinsichtlich des Wesens des Imperialismus hingebe, begehe einen strategischen Fehler. (BRu, 39/1989, S. 11-12)

***(4)
"Großes Potential für eine sino-sowjetische Zusammenarbeit"**

Anlässlich des Besuchs einer Delegation des Obersten Sowjets unter Führung von Anatoly Lukyanow betonten die chinesischen Gesprächspartner, unter ihnen Staatspräsident Yang Shangkun und Politbüromitglied Tian Jiyun, mehrere Male, daß sie es für höchst vielversprechend hielten, wenn beide Seiten künftig stärker zusammenarbeiteten, und zwar auf jedem nur denkbaren Gebiet, angefangen von der wissenschaftlichen und der kulturellen bis hin zur wirtschaftlichen Kooperation (XNA, 13., 16. und 24.9.89).

Der Besuch der Delegation war die ranghöchste Visite nach Gorbatschows China-Reise, die abermals ein Signal für die Normalisierung zwischen Beijing und Moskau setzen sollte. Insofern kam dem Besuch hohe symbolische und atmosphärische Bedeutung zu, obwohl praktische Ergebnisse bei ihm kaum herauskamen.

Lukyanow erklärte während seines Besuchs, daß es für den Aufbau des Sozialismus kein für alle Staaten und Gesellschaften einheitliches Modell gebe, sondern daß jede Gesellschaft ihren eigenen Weg zu gehen habe (XNA, 13.9.89) - eine Erklärung, die Musik für chinesische Ohren war, die den Sowjets jahrzehntelang vorgeworfen hatten, sie maßen sich eine Führungsrolle an, und die KPdSU gebärde sich als "Vaterpartei".

Schon vor dem Besuch der sowjetischen Delegation hatte die chinesische Presse ausführlich über neue sino-sowjetische Kooperationsprojekte berichtet und dabei vor allem auf die Unterzeichnung des ersten sino-sowjetischen Joint Ventures in Shanghai hingewiesen, das sich mit der Verarbeitung von Lebensmitteln befassen soll. Außerdem wurden mehrere Projekte vereinbart, in deren Rahmenwerk chinesische Arbeitskräfte in die UdSSR entsendet werden sollen.

Auch sonst ist es zur Kooperation auf zahlreichen Gebieten gekommen. Erst am 22. September wurde wieder eine neue Luftverbindungsline zwischen China und der UdSSR eröffnet, und zwar zwischen Harbin und Chabarowsk. Damit bestehen nun drei regelmäßige Luftlinien zwischen beiden Staaten, nämlich zwischen Beijing und Moskau sowie zwischen Ürümqi und Alma Ata in der Zentralen Sowjetunion (XNA, 23.9.89). Seit Mitte September auch führt ein chinesisch-sowjetisches Gemeinschaftsteam Besichtigungen im Bereich des Amur und Ussuri (chin.: Heilongjiang und Wusuli) durch, um auf diese Weise die gemeinsame Schifffahrt auf den sibirischen Grenzflüssen in Zukunft noch besser zu koordinieren (XNA, 24.9.89). Mitte September wurde ferner beschlossen, daß ein sino-sowjetisches Bergsteigerteam den Mt. Everest (Gomolangma) besteigen soll (XNA, 16. und 20.9.89).

Anfang September begann der Bau einer Eisenbahnlinie zwischen der zentralasiatischen Sowjetrepublik Kasachstan und der chinesischen Autonomen Region Xinjiang. Die Bahnstrecke, die bereits Anfang der fünfziger Jahre in Angriff genommen, dann aber wegen des schnell wachsenden sino-sowjetischen Konflikts auf chinesischer Seite stillgelegt worden war, soll bis 1992 fertig sein und in der Zwischenzeit über den Ala-Berg hinweg geführt werden. Beide Seiten hoffen, daß der Grenzhandel zwischen Kasachstan und Xinjiang, der sich in den vergangenen drei Jahren bereits auf 100 Mio. sfrs summiert hat, noch weiter ausgebaut werden kann. In der Zwischenzeit bestehen auch schon Pläne, einen Teil des beiderseitigen Grenzgebiets zu einer Freihandelszone auszubauen (XNA, 7.9.89).

Am wichtigsten freilich ist die Meldung, daß beide Seiten sich inzwischen auch über eine Reduktion ihrer Streit-

kräfte entlang der gemeinsamen Grenzen ins Benehmen gesetzt haben (XNA, 22.9.89). Bekanntlich gehört eine Ausdünnung der sowjetischen Truppenpräsenz entlang der nordchinesischen Grenzen mit zu den drei Grundbedingungen Beijings für eine Renormalisierung der sino-sowjetischen Beziehungen.

An wichtigen Kontakten auf höchster Ebene sind vor allem drei zu nennen:

Anfang September wurde der Generalsekretär der KPCh, Jiang Zemin, von seinem Amtskollegen Gorbatschow zu einer offiziellen Visite in die Sowjetunion eingeladen.

Am 11. September trafen sich Abordnungen der beiden Kommunistischen Parteien offiziell in Moskau, nachdem die Parteibeziehungen beim Gorbatschow-Besuch im Mai 1989 wieder aufgenommen worden waren (XNA, 13.9.89).

Am Rande der jeden Herbst stattfindenden UNO-Vollversammlung in New York trafen auch 1989 wieder Außenminister Qian Qichen und sein sowjetischer Amtskollege Schewardnadse zu Besprechungen über Themen bilateraler und multilateraler Art zusammen. Vor allem gab es einen Meinungsaustausch über die kurz bevorstehende nächste Gesprächsrunde zur chinesisch-sowjetischen Grenzfrage sowie über das bevorstehende Treffen der diplomatischen und militärischen Fachgruppen beider Länder (XNA, 30.9.89).

So optimistisch sind beide Seiten inzwischen geworden, daß die sowjetische Seite in ihrem Glückwunschtelegramm zum 40. Gründungsjubiläum der VR China die Hoffnung aussprach, daß die Sowjetunion und China bereits in den neunziger Jahren zu Pfeilern einer Brücke zwischen Europa und Asien werden möchten. -we-

***(5)
Chinesisch-amerikanische Verstimmung**

Der frühere Außenminister Kissinger ist zum Ziel von Presseangriffen geworden, seit er strikt vor Sanktionen gegen China gewarnt hat. Ein Reporter von AWSJ (15./16.9.89), John J. Fialka, verdächtigt Kissinger sogar, daß er aus persönlichen Gewinnabsichten für die "amerikanisch-chinesische

Freundschaft" eintrete. Der frühere Außenminister sei an einer Consulting-Gesellschaft beteiligt, die den Großteil ihres Einkommens aus Geschäften beziehe, die zwischen amerikanischen und chinesischen Firmen abgewickelt werden. Kissinger schlage m.a.W. aus seinen Verdiensten um die sino-amerikanische Wiederannäherung, die 1972 im Kommuniqué von Shanghai gipfelten, persönlichen Gewinn. Die Schlußfolgerungen: "Kissingers Verbindungen mit China geben Anlaß zu Besorgnis."

Kritik auch am amerikanischen Präsidenten, der es taktloserweise zulasse, daß sein Bruder, Prescott Bush, in der Zwischenzeit einen China-Besuch unternommen habe. Prescott Bush, ein Geschäftsmann, begründete diese Visite damit, daß es in China nach wie vor gute Geschäftsmöglichkeiten gebe, und daß "Amerika es sich nicht leisten kann, sich davon auszuschließen. Wir können einfach nicht wünschen, den dortigen Markt an die Japaner, die Deutschen oder an irgendwen sonst zu verlieren" (AWSJ, 18.9.89).

Vielen amerikanischen Kommentatoren ist das weiterhin so chinafreundliche Verhalten zahlreicher Spitzenpolitiker unverständlich, da es in China derzeit eine wenig amerikafreundliche Stimmung gebe. So wurde beispielsweise in der Stadt Xi'an eine Ausstellung eröffnet, bei der Einzelheiten des angeblichen Guomindang-amerikanischen "Konzentrationslagers" gezeigt werden, das in dieser nördlichen Stadt im Verlauf des Zweiten Weltkriegs errichtet worden sei (XNA, 12.9.89). Warum erfolgt diese Ausstellung ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt? Außerdem wird in der chinesischen Presse (RMRB, 12.9.89) die amerikanische Wühlarbeit in Nicaragua angeprangert. In der Überseeausgabe der *Renmin Ribao* vom 19. September 1989 kritisiert ein Kommentator die heuchlerischen "Trauerkundgebungen" in vielen amerikanischen Städten, bei denen u.a. chinesische Dissidenten an das "Massaker von Beijing" erinnern und bei denen "Schmutz gegen das chinesische Volk geworfen wird". In der *Guangming Ribao* vom 4.9.1989 wird die "US-monopolistische Kapitalistenklasse" beschuldigt, unter dem Vorwand der "friedlichen Evolution" zahlreichen sozialistischen Ländern, nicht zuletzt auch der VR China, den Kapitalismus und den Pluralismus schmackhaft zu machen. Überall sei heuchlerisch von einer "Aussaat der

Freiheit" die Rede. Man versuche, bürgerliche Ideen im Wege des Kulturaustausches zu infiltrieren und sog. "demokratische Kräfte gegen die etablierten Regierungen" aufzustacheln.

Nicht zuletzt wegen des gespannten bilateralen Verhältnisses hat sich das chinesische Außenministerium am 13. September geweigert, einen neuen AP-Korrespondenten zu akkreditieren. Der AP-Mitarbeiter Dan Biers sollte an die Stelle des Korrespondenten John Pomfret treten, der nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni d.J. ebenso wie ein Korrespondent des Radiosendes Voice of America aus China ausgewiesen worden war. Die chinesischen Behörden hatten beide Journalisten beschuldigt, Gerüchte zu verbreiten und "pro-demokratische" Unruhen anzustacheln. Diese Vorwürfe waren von amerikanischer Seite zurückgewiesen worden. Wie der Leiter des AP-Büros mitteilte, hat das Außenministerium keine Begründung für die Ablehnung des Akkreditierungsantrags gegeben.

Bereits am 3. August 1989 hat Beijing darum gebeten, von der Entsendung eines Kontingents von 23 Lehrkräften des Fulbright-Programms abzusehen, die dazu bestimmt waren, in China Unterricht zu geben. Die Fulbright-Instruktoren hatten in den vorangegangenen Jahren zu jenen Amerikanern gehört, die mit den engsten Kontakt zu Chinesen unterhalten haben. Überall in den Universitäten gaben sie Unterricht in Recht und Wirtschaft sowie in Internationaler Politik. Kein Wunder, daß sie seit den Studentenunruhen vom Mai/Juni 1989 dem besonderen Verdacht der chinesischen Führung ausgesetzt waren (IHT, 3.8.89).

Weitaus besser kam eine andere amerikanische Institution davon, nämlich das "Nanjing/John Hopkins-Universitätzentrum für chinesische und amerikanische Studien" in Nanjing. Es erhielt am 11. September 1989 die Erlaubnis, seine Tore wieder zu öffnen. Gegründet worden war es auf dem Campus der Nanjing-Universität im September 1986. Es hatte die Aufgabe, in sog. "Ein-Jahres-Fortgeschrittenenprogrammen" chinesische Studenten auf englisch durch amerikanische Professoren unterrichten zu lassen. Gleichzeitig sollten amerikanische Studenten Vorlesungen auf chinesisches Außenpolitik, Geschichte, Recht, Politik, Politisches Denken, Handel und

Wirtschaft. Es ist das Ziel der Einrichtung, eine neue Generation von Fachleuten heranzubilden, die eines Tages ein weites Spektrum der sino-amerikanischen Beziehungen abdecken sollen, angefangen vom Handel über Industrie und Erziehung bis hin zum Kommunikationswesen (XNA, 13.9.89).

Trotz allen bilateralen Stimmungseinbruchs blieb aber US-Außenminister Baker mit seinem Amtskollegen Qian Qichen auf Kontakt. Er traf ihn am Rande der Pariser Kambodscha-Konferenz bereits am 1. August 1989. Beide Seiten versicherten sich, daß ihre in den vergangenen zehn Jahren mühsam aufgebauten Beziehungen aufrechterhalten bleiben müßten. Die Chinesen erklären sich gerne damit einverstanden, weisen aber auf die "Sanktionen" Washingtons gegen China hin, die dem beiderseitigen Verhältnis nicht gerade bekömmlich seien (XNA, 1.9.89). Am 28. September trafen beide Außenminister erneut zusammen, und zwar am Rande der UNO-Vollversammlung in New York. Auch diesmal erörterten sie bilaterale Fragen. Außenminister Qian stellte fest, daß China den chinesischem-amerikanischen Beziehungen nach wie vor hohe Bedeutung beimesse und hoffe, daß sich das gegenwärtige Tief bald überwinden lasse. China werde seine Politik der Öffnung weiterhin fortsetzen. Das Problem bestehe darin, daß inzwischen die andere Seite - Washington - die Tür geschlossen habe. -we-

*(6)

Frankreich und China auf Kollisionskurs

In einem Artikel der *Volkszeitung* (RMRB) vom 26.9.1989 beschuldigte China die französische Regierung, eine aktive Rolle bei antichinesischen Aktionen zu spielen. Frankreich maße sich an, "Kriminelle", die wegen konterrevolutionärer Verbrechen auf den Fahndungslisten der chinesischen Polizei stünden - vor allem Yan Jiaqi und Wuer Kaixi - offen zu unterstützen. U.a. habe die französische Regierung eine Versammlung zur Gründung der sog. "Front des Demokratischen China" in Paris zugelassen. Dieser Akt sei eine "ernsthafte Verletzung der Souveränität Chinas" und gleichzeitig eine "grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik". Die chinesische Regierung bringe ihre äußerste Empörung darüber zum Ausdruck und erhebe bei der französi-

schen Regierung scharfen Protest. Bei den beiden Intellektuellen, von denen vor allem Yan zum engsten Beratungskreis Jiao Ziyangs gehörte, handle es sich um "verbrecherische Elemente, die zum gewaltsamen Sturz der chinesischen Regierung aufgerufen und entsprechende organisatorische Maßnahmen eingeleitet" hätten. Mit der Gründung der sog. "Front des Demokratischen China" verfolgten sie die Absicht, die chinesische Regierung zu stürzen und die sozialistische Volksrepublik zu beseitigen. Wenn die französische Regierung gestatte, auf französischem Territorium solche Pläne zu verfolgen, dann bedeute dies, daß sie Konterrevolutionären freie Hand gegen die chinesische Regierung lasse, ja sie geradezu unterstütze. Daß die Regierung eines Landes eine Handvoll Abenteurer in dieser Weise fördere, sei mit "normalen diplomatischen Beziehungen" nicht mehr zu vereinbaren. Das Handeln der französischen Regierung verstoße gegen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Paris möge umgehend kehrtmachen, da die französische Regierung sonst die volle Verantwortung für den abermaligen Schaden tragen müsse, den die chinesisch-französischen Beziehungen bisher bereits erlitten hätten.

Frankreich, das klassische Land der Emigration aus vieler Herren Länder, in dem auch der Altrevolutionär Deng Xiaoping bereits studieren konnte, ist bekanntlich nach dem 4.Juni zu einem Mekka all jener Meinungsführer und Intellektuellen geworden, die den chinesischen Häschern haben entkommen können.

Außerdem wirft China der französischen Polizei vor, am 8.September ein chinesisches Ärzteteam, das bei seinem Flug in die Republik Gabun auf dem internationalen Flughafen in Paris zwischengelandet war, rüde behandelt zu haben (CD, 20.9.89; XNA, 19.9.89).

Verärgerung löste es in Beijing auch aus, daß der französische Kulturminister Jack Lang am 6.9. seinen gerade entlassenen chinesischen Amtskollegen, Wang Meng, nach Paris eingeladen hat. Er, Lang, habe "mit Schmerzen" erfahren, daß Wang abgelöst worden sei. Er hoffe, daß die "Schwierigkeiten dieses Mannes der Öffnung und des Dialogs nur mit seinem Gesundheitszustand verbunden" seien. Wang sei ein Intellektueller, der "leider allzu kurze Zeit Hoffnungen symbolisiert" habe, auf die viele die Kulturbe-

ziehungen mit China aufbauen wollten. Wang, der nach Beijinger Darstellung selbst um seine Entlassung aus Gesundheitsgründen gebeten habe, hatte wenige Monate vorher, nämlich im Mai 1989, Paris besucht.

Am 26.Oktober erregte ein französischer Journalist den Unwillen der chinesischen Sicherheitsbehörden, als er anlässlich einer Pressekonferenz Jiang Zemins die Frage stellte, ob es zutrefte, daß eine von ihm namentlich genannte chinesische Studentin verhaftet, verhört und vergewaltigt worden sei. Der Verantwortliche, Eric Meyer, von der Zeitung *Les Derniers Nouvelles d'Alsace* wurde beschuldigt, die elementaren Regeln der Berufsmoral mißachtet zu haben. Er wurde deshalb verwahrt.

Daß Frankreich zum Mekka der reformerischen Emigranten geworden ist, bereitet einigen Amerikanern Kopfzerbrechen. In einem Kommentar der *International Herald Tribune* vom 23./24.9.1989 wird die Frage aufgeworfen, warum sich das Emigrantenzentrum nicht in den USA niedergelassen habe. Es sei einfach "pervers", daß die Franzosen sich um die Aufrechterhaltung der Menschenrechte in China verdient machten, während die Amerikaner ängstlich mit der kommunistischen Führung in Beijing auf Kontakt blieben. Der Kommentator fordert: "Pay attention to China's Reformist émigrés. Washington needs to hear what the exiles have to say and to ignore official rhetoric." -we-

*(7)

Genugtuung über die Niederstimmung eines deutschen Resolutionsantrags zum Beijing-Massaker

Bei der 1.Sitzung der 82.Zusammenkunft der Interparlamentarischen Union (IPU) in London am 4.September 1989 beantragte die westdeutsche Vertretung eine Resolution über die "Unterdrückung der friedlichen Proteste der VR China". Der Antrag wurde jedoch mit 393 niedergestimmt. 335 stimmten für den Antrag, 509 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Vor der Abstimmung hatte ein westdeutscher Abgeordneter eine Philippika gegen die chinesische Regierung und ihre Politik vom 4.Juni gehalten.

Fu Hao, der Leiter der chinesischen NVK-Delegation, setzte sich kritisch mit den Ausführungen seines deut-

schen Kollegen auseinander. Es sei empörend, daß die Fakten, obwohl sie inzwischen in ihrer ganzen Fülle auf dem Tisch lägen, nach wie vor so stark verzerrt würden. China müsse sich außerdem dagegen verwehren, daß andere sich in seine inneren Angelegenheiten einmischten. Dies widerspreche den Grundsätzen der IPU.

Es waren vor allem Länder der Dritten Welt, die ihre Stimme gegen die Resolution erhoben. Einige westliche Länder, darunter Spanien und Portugal, enthielten sich der Stimme.

Fu Hao sah das Abstimmungsergebnis als Beweis dafür an, daß die VR China weit davon entfernt sei, in Isolierung geraten zu sein (XNA, 5.9.89). -we-

*(8)

Westliche Diplomaten boykottieren die Feiern zum Gründungsjubiläum der VBA

Der 1.August jeden Jahres steht im Zeichen der Feierlichkeiten zur Gründung der "Volksbefreiungsarmee" am gleichen Tag i.J. 1927. Während die meisten Botschaften in den vorangegangenen Jahren an den Gedenkveranstaltungen teilzunehmen pflegten, blieben die westlichen Staaten den diesjährigen Feiern fern, vor allem die USA, die Staaten der EG und Skandinaviens sowie Japan. Auch einige osteuropäische Militärattachés schlossen sich dem Boykott demonstrativ an.

Sie taten wohl daran; erklärte doch Verteidigungsminister Qin Jiwei, daß es sich bei den Vorfällen vom 4.Juni um die Niederschlagung einer "Rebellion" gehandelt habe, für die China von vielen Ländern "Unterstützung, Verständnis und Sympathie" erhalten habe. Leider gebe es auch ausländische Kräfte, die versuchten, sich einzumischen. Qin pries die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung durch das Militär und würdigte die Rolle, die Deng Xiaoping dabei gespielt habe. Deng selbst blieb der Feier fern, obwohl er nach wie vor Vorsitzender der ZK-Militärkommission ist. Alle großen Zeitungen veröffentlichten aber eine Kalligraphie, mit der Deng die unter dem Kriegsrecht in der Hauptstadt Beijing eingesetzten Soldaten als "Verteidiger der Nation" pries.

Im Zusammenhang mit dem VBA-Jubiläum wurden im Museum für chinesische Kunst Fotos von den blutigen

Unruhen im Juni ausgestellt, die Bilder von Soldaten mit zerschmetterten Schädeln und blutigen Uniformen sowie von brennenden und toten Soldaten zeigen. Keines der teilweise erstmals veröffentlichten Bilder zeigte verletzte oder getötete Zivilisten. -we-

***(9)
Ideologische Wegzehrung für Chinas Diplomaten: Die neue Zwar-Aber-Philosophie**

Seit dem 4. Juni bestehen in der neuformierten Führung der VR China Befürchtungen, China könne weiterhin mit westlichem Gedankengut "verschmutzt" und vergiftet werden. Vor allem der Verdacht, daß "gewisse" westliche Regierungen die Absicht hegten, fortan nur noch die - nach ihrer Ansicht - reformerischen Kräfte zu unterstützen, die eigentliche Führung in Beijing aber zu isolieren, soll durch Gegenstrategien abgefangen werden.

Zu diesem Zweck haben Beijings Ideologen und Propagandisten inzwischen eine Gegenstrategie ausgearbeitet, die durch intensives Studium den Kadern, vor allem aber den außenpolitischen Vertretern zur zweiten Natur werden soll.

Drei Hypothesen:

Der Gang der Argumentation läuft etwa folgendermaßen: Der "konterrevolutionäre Putsch" im Mai und Juni war kein Zufall, sondern Folge eines "internationalen und chinesischen Umfelds", das sich seit langem aufgebaut hat und dessen Brisanz nolens volens früher oder später spürbar werden mußte. Diese "Umfeld"-Theorie ("Turbulenzen vor internationalem Hintergrund") geht, wie es immer wieder heißt, auf Deng Xiaoping zurück.

Hypothese Nr.1: Trotz der Entspannung in den internationalen Beziehungen - oder gerade wegen ihr - dürfe man niemals vergessen, daß der Kampf noch lange nicht zu Ende sei. Zwar habe es infolge der wissenschaftlich-technischen Revolution und der wachsenden Interdependenz seit einigen Jahren eine Wendung vom Kalten Krieg zur Entspannung und von der Konfrontation zum Dialog gegeben. Doch dürfe man sich dadurch nicht einlullen lassen. Gerade im Zeichen der Entspannung nämlich versuchten sowohl in- als auch ausländische Kräfte das sozialistische System auszuhebeln

- und zwar unter dem Vorwand der "Demokratisierung". Die kapitalistische Welt wird sich, wie die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte gezeigt haben, vermutlich noch lange halten, während andererseits die sozialistischen Kräfte, die dem Kapitalismus theoretisch durchaus überlegen sind, durch schwere Steuerungsfehler schwere Rückschläge erlitten haben, so daß sie für kapitalistische Einflüsterungen besonders anfällig geworden seien. Diese Anfälligkeit gelte vielen "Kapitalisten" als "historische Chance".

Aus diesem Grund müsse China auf der Hut sein. Nie dürfe ein Vertreter der Volksrepublik einseitige Standpunkte beziehen, sondern müsse sowohl wirtschaftlich als auch politisch denken, sowohl die Freundschaft als auch den Kampf betonen und sowohl Prinzipien als auch Taktiken beachten. Dies sei der Kerngehalt der "Zwei-Punkte-Theorie", die der neue ZK-Generalsekretär Jiang Zemin für die Ausgestaltung der diplomatischen Arbeit vorgeschlagen habe (BRu 1989, Nr.37, S.15 ff.).

Nie dürfe man vergessen, daß das sozialistische System in der Auseinandersetzung, ja im Kampf gegen die internationale Bourgeoisie entstanden sei, und daß es nur durch Fortsetzung dieses Kampfes überleben und siegen könne. Kapitalisten hätten immer wieder mit allen nur denkbaren Mitteln, sei es nun mit Wirtschaftsblockade, Rebellenanstiftung und Umsturzaktivitäten oder mit bewaffneter Einmischung, versucht, den Sozialismus zu ersticken. Da ihnen mit solchen groben Einmischungsversuchen kein Erfolg beschieden war, hätten sie inzwischen zu verfeinerten Maßnahmen ihre Zuflucht gesucht und verfolgten nun eine Strategie der "friedlichen Evolution", wobei sie ihre Hoffnung auf die für bürgerliche Liberalisierung eintretenden Kräfte innerhalb der einzelnen sozialistischen Länder setzten. Vor allem die "Oberhäupter einer gewissen Supermacht" hätten in ihren "Reden zum Amtsantritt" und in ihren "Botschaften zur Lage der Nation" beinahe unverhüllt verkündet, daß sie die "Verteidigung und Förderung der Demokratie, der Freiheit und der Menschenrechte in der Welt" als ihre Kernaufgabe betrachteten, die durch das Eintreten für Menschenrechte, durch Kulturaustausch, durch internationale Konferenzen und durch Hilfe für "nichtstaatliche Organisationen und liberale Persönlichkeiten" gefördert werden müsse.

Durch jeden Spalt des "Eisernen Vorhangs" hindurch suchten sie "Samen der Freiheit" einzusäen; sie unterstützten darüber hinaus die "demokratischen Kräfte in den kommunistischen Ländern", erteilten Ratschläge für die Öffnungspolitik und versuchten jede nur mögliche Gelegenheit zu nutzen, um die "demokratische Bewegung" in China zu fördern und andere Machtzentren, die mit der KPCh konkurrierten, zu stärken. Auf diese Weise betrieben sie planmäßig und über die verschiedensten Kanäle ihre ideologisch-politische Infiltration in den kommunistischen Ländern, förderten nach Kräften die Umwandlung des Sozialismus in einen Kapitalismus und versuchten, den Traum vom "Sieg ohne Kampf" zu verwirklichen.

Unter diesen Umständen gelte es, gute und böse Absichten klar zu unterscheiden und entsprechend zu reagieren. Vor allem müsse China auf Nicht-einmischung, ja überhaupt auf Einhaltung der Fünf Koexistenz-Prinzipien nach außen sowie die Vier Grundprinzipien nach innen pochen.

Hypothese Nr.2: Das sozialistische System sei dem kapitalistischen System im wesentlichen überlegen; aus diesem Grunde auch sei die westliche Prophezeiung, daß der Kommunismus früher oder später zerfalle, nur ein Wunschtraum.

Leider sei es westlichen Propagandisten immer wieder gelungen, die "allseitige Prosperität" des Kapitalismus herauszustellen und vielen Personen in sozialistischen Ländern, nicht zuletzt auch in der VR China, Zweifel am Sozialismus einzuflößen. Die antikommunistische Propaganda hat sich m.a.W. verfeinert, indem sie nicht mehr mit plumpen Argumenten arbeite, sondern immer wieder auf die "Krise des kommunistischen Systems" hinweise.

Vor allem das diplomatische Personal Chinas müsse begreifen, daß der Sozialismus dem Kapitalismus keineswegs unterlegen, sondern daß es vielmehr umgekehrt sei. Vor allem müsse es sich vor der Anbetung alles Ausländischen und vor der allseitigen Verwestlichung hüten. Ganz in diesem Sinne auch müsse die Ausbildung betrieben werden.

Hypothese Nr.3: Die Reform sei zwar eine nicht mehr umkehrbare Strömung in den sozialistischen Ländern, doch

müsse man bei ihrer Verwirklichung stets an der sozialistischen Orientierung festhalten. Vor allem die westlichen Großmächte hofften immer wieder, daß durch die Reformen in den sozialistischen Ländern der Charakter des Kommunismus verändert, ein System freier Preise eingeführt, ein "wirklicher Pluralismus" und "echte" politische Wahlen ermöglicht werden.

Bisweilen gingen sie so weit, daß sie eine innere Abkehr vom Sozialismus geradezu zur *conditio sine qua non* für die Gewährung von materieller Hilfe machten. Entwicklungshilfe gegen Kapitalisierung - und damit "Sieg ohne Kampf" - heiße ihre Lösung. Leider hätten sie mit Propagandaaktionen dieses Kalibers bei zahlreichen Intellektuellen und Jugendlichen in China immer wieder Erfolg gehabt.

Schlußfolgerung:

Angesichts solcher Erscheinungen müsse jedermann in China begreifen, daß die seit 1978 laufenden Reformen lediglich der Selbstvervollkommnung und Entwicklung des sozialistischen Systems dienen. Zwar seien in der Zwischenzeit die verschiedensten Eigentumsformen zugelassen worden, doch müsse nach wie vor hauptsächlich am Gemeineigentum festgehalten werden. Zwar gebe es verschiedene Bewirtschaftungsformen, doch müsse das Prinzip der Einbindung des Markts in die Planwirtschaft nach wie vor ganz im Vordergrund stehen. Zwar sollte man ferner eine leistungsentsprechende Distribution weiterbetreiben und durchaus erlauben, daß einige Menschen zuerst wohlhabend werden, doch müsse man sich andererseits davor hüten, daß der Weg der Privatisierung und der umfassenden Marktwirtschaft eingeschlagen werde, und daß das Einkommensgefälle zu regelrechten Polarisierungserscheinungen führe. Zwar müßten Demokratie und Rechtsordnung weiter ausgebaut werden (dies sei der Kern des Beschlusses vom XIII. Parteitag), doch dürften dabei am Ende nicht eine westliche "Demokratie" und ein westliches "Freiheitsdenken" und schon gar nicht eine Dreigewalten-Teilung oder aber ein Mehrparteiensystem herauskommen. Zwar sei ferner auch der Klassenkampf nicht mehr das "Hauptkettenglied", doch dürfe man andererseits nicht in das pure Gegenteil verfallen und den Klassenkampf nun völlig in Vergessenheit geraten lassen!

Die neue Zwar-Aber-Philosophie wird es nicht leicht haben, sich in den Köpfen der Chinesen, vor allem aber jener chinesischen Diplomaten zu verfestigen, die tagtäglich mit der - langfristig auch so unterlegenen - kapitalistischen Welt in Kontakt sind! -we-

*(10)

Die Isolation schmerzt: chinesische Spitzenpolitiker umwerben zweitklassige Delegationen

Am 19. September empfing kein Geringerer als Deng Xiaoping bei einem seiner seltenen Auftritte eine von Masayoshi Ito, dem Führer der parlamentarischen Liga für die japanisch-chinesische Freundschaft geführte Delegation und unterhielt sich mit ihm über die Weltsituation und über internationale Probleme. U.a. kritisierte er die Stellungnahme, die die sieben führenden westlichen Industrienationen auf ihrer Gipfelkonferenz in Paris zu den Zwischenfälle vom 4. Juni bezogen hätten. Ihre Resolution stütze sich auf "Lügen und Verzerrungen" und sei viel zu "oberflächlich", um der chinesischen Situation gerecht zu werden (CD, 20.9.89). Auch Parteigeneralsekretär Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng empfingen die Delegation (Radio Beijing in SWB, 19. und 20.9.89).

Eine afrikanische Delegation wurde inzwischen ebenfalls von Deng Xiaoping begrüßt.

Dieses Werben um Besucher, die man von seiten der Parteispitze in "normalen" Zeiten wohl kaum zur Kenntnis genommen hätte, ist kennzeichnend für die Versuche Beijings, aus der internationalen Isolierung auszubrechen.

Beim Empfang des Staatschefs von Burkina Faso, Blaise Compaore, ließ Deng Xiaoping sich allerdings nicht sehen. Dies war ganz gegen seine Gepflogenheiten, so daß das Gerücht über den schlechten Gesundheitszustand Dengs dadurch erneut genährt wurde. Compaore, der erste ausländische Staatschef, der China seit den Juni-Ereignissen besuchte, wurde allerdings um so mehr von den anderen Spitzenpolitikern, vor allem von Yang Shangkun und Jiang Zemin, umworben - ein gewaltiger zeremonieller Aufwand, der zur Bedeutung des Landes Burkina Faso in keinem Verhältnis steht!

Allerdings war Campaores Besuch ein Anlaß für die chinesische Führung, Betroffenheit über das Verhalten der westlichen Länder zu zeigen, mit denen man sich doch bis zu den Juni-Ereignissen noch so glänzend verstanden hatte.

Li Peng erklärte, daß China auf jeden Umsturzversuch von außen wachsam reagieren müsse, die Kontakte mit dem Westen dabei jedoch nicht vernachlässigen wolle.

Er verwies darauf, daß China die Kontakte mit dem Westen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens pflegen wolle. Als Entwicklungsland brauche China zur Entwicklung seiner Wirtschaft und zur Verbesserung des Lebensstandards seiner Bevölkerung eine friedliche internationale Umgebung.

China wisse, daß es in den westlichen Industrienationen viele Vorteile bei der industriellen Produktion wie beim Management gebe, von denen es lernen wolle. Eine Abkapselung sei deshalb nicht angebracht. China begrüße die Kreditgewährung seitens internationaler Wirtschaftsinstitutionen an die Volksrepublik, allerdings nur auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens. Abgesehen von fortschrittlicher Technologie, wolle China auch aus den Bereichen Kultur und Bildungswesen die nützlichen Elemente übernehmen. Li Peng äußerte sich kritisch zu den "Anti-China-Welle", die von einigen wenigen westlichen Ländern seit kurzem in Gang gesetzt worden sei.

Zum Thema Wirtschaft stellte Li fest: "Im Vordergrund der chinesischen Wirtschaftspolitik steht die Landwirtschaft. Das Ernährungsproblem sollen wir selber, aber nicht durch andere Länder lösen lassen. Eine entwickelte Landwirtschaft ist ein Garant für die Selbständigkeit eines Landes. Das ist die von uns gemachte Erfahrung." (BRu 1989, Nr.38, S.6 f.)

Staatspräsident Yang Shangkun, einer der Hauptbefürworter des Juni-Massakers, referierte die inzwischen sattsam bekannte offizielle Interpretation des "konterrevolutionären Putsches": Durch diesen vorsätzlichen Aufruhr sei der Versuch der reaktionären politischen Kräfte deutlich geworden. "Sie wollen die sozialistischen Länder dazu zwingen, den Sozialismus über Bord zu werfen, und sie dem Joch des interna-

tionalen Monopolkapitalismus unterwerfen. Dabei handelt es sich um eine grundsätzliche Taktik, die seit langem von den internationalen Reaktionären verfolgt wird."

China brauche eine stabile politische Umwelt. Ohne diese könne es seine auf der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh festgelegte Modernisierungs- und Öffnungspolitik beim besten Willen nicht durchführen. Eine chaotische und gespannte politische Lage könne diesem Ziel nicht dienlich sein.

Yang wies ferner darauf hin, daß die verstärkte Einigkeit und Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern nach wie vor ein Eckpfeiler der chinesischen Außenpolitik sei. China werde die afrikanischen Völker in ihren Bemühungen um die Wahrung der Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder und die Belebung ihrer Volkswirtschaft sowie in ihrem gerechten Kampf gegen die Apartheid in Südafrika auch weiterhin voll und ganz unterstützen. -we-

* (11) Der chinesische Außenminister setzt seine Rundreise-Praxis fort

Nachdem Außenminister Qian Qichen vom 26. Juli bis 12. August durch sechs afrikanische und fast gleichzeitig der Staatssekretär im Außenministerium, Yang Fuchang, durch fünf Länder Afrikas gereist war (Näheres dazu C.a., Juli 1989, Ü 1), schloß sich Ende September eine Vier-Nationen-Reise Qian Qichens durch Länder des Nahen Ostens an, nämlich nach Jordanien, Ägypten, Syrien und Tunesien. Daneben traf Qian auch mit dem Präsidenten des Staates Palästina, Yassir Arafat, zusammen. Er habe, wie er am Ende der Reise versicherte, internationale Probleme von gemeinsamem Interesse, vor allem die Situation im Mittleren Osten, sowie bilaterale Beziehungen besprochen. Verständnis für die Niederschlagung des "konterrevolutionären Putsches" hat er bei seinen Besprechungen offensichtlich kaum gefunden - anders als in einigen der Ende Juli besuchten afrikanischen Staaten. Zumindest fällt auf, daß in keinem der zahlreichen kommentierten Berichte von einer arabischen Verständnisbekundung die Rede ist, obwohl die einzelnen Zusammenfassungen höchst wortreich ausfallen, sei es nun, daß von der Israel- oder der Palästina-Frage

oder von einer baldigst anzuberauernden Internationalen Nahost-Friedenskonferenz die Rede ist. Lediglich im Zusammenhang mit dem Tunis-Besuch konnte Qian eine Bemerkung seiner Gastgeber verbuchen, daß es sich bei dem "Juni-Zwischenfall in Beijing" um eine innere Angelegenheit Chinas handle, in die kein anderer Staat sich einmischen dürfe (XNA, 26.9.89). Arafat dagegen scheint einen weiten Bogen um die Frage gemacht zu haben! -we-

* (12) Diplomatische Beziehungen mit Mikronesien

Am 11. September 1989 beschlossen die VR China und die Föderierten Staaten von Mikronesien, diplomatische Beziehungen auf Botschaferebene aufzunehmen. Ein entsprechendes Protokoll wurde vom chinesischen Botschafter in Australien, Zhang Zai, am 29. August in der mikronesischen Hauptstadt Pohnpei unterzeichnet. Wie üblich wird die Regierung der VRCh in dem Kommuniké als einzige legitime Regierung Chinas bezeichnet. Zwischen beiden Seiten sollten die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gelten. -we-

* (13) Japan weigert sich, Flüchtlinge aus China aufzunehmen

Ende August und Anfang September landeten an der japanischen Küste zahlreiche Flüchtlingsboote. Von Ende Mai bis Anfang September beispielsweise wurden 2.225 Boat-people registriert. Wie sich nachträglich herausstellte, waren rd. 600 dieser Ankömmlinge chinesische Staatsangehörige, die offenbar mit gefälschten Papieren eingereist waren, und die sich als Flüchtlinge aus Vietnam ausgewiesen hatten. Japanische Behörden verfielen sofort auf den Verdacht, daß die Einschleusung von China aus organisiert worden sei. Einige der Ankömmlinge räumten ein, sie hätten an Mittelsmänner in der Küstenprovinz Fujian Zahlungen geleistet und seien nach Japan gekommen, um hier ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Tokyo reagierte auf diese Enthüllungen hin schnell und entschieden: Japan sei zwar weiterhin bereit, politische Flüchtlinge nach Maßgabe der bisherigen Richtlinien aufzunehmen, wolle

jedoch alle "Wirtschaftsflüchtlinge" repatriieren. Anfang September forderte das Außenministerium in Tokyo die chinesische Regierung auf, sich zur Wiederaufnahme "illegal nach Japan eingereister chinesischer Staatsangehöriger" bereitzuerklären. Gleichzeitig wurden Namen und Anschrift einiger dieser Ankömmlinge nach Beijing übermittelt.

Die japanische Verfassung kennt kein Asylrecht. Außerdem hatte sich Tokyo lange Zeit geweigert, ausländische Flüchtlinge auf Dauer aufzunehmen. Erst nach hartnäckigem Drängen aus dem Ausland fand sich die Regierung bereit, eine begrenzte Zahl von Flüchtlingen aus Indochina zur Ansiedlung in Japan zu rezipieren - und zwar eine Quote von 10.000 Menschen, die bisher zu etwa zwei Drittel ausgeschöpft ist. Wesentlich großzügiger zeigt sich Tokyo bei der Gewährung finanzieller Hilfe an den Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR).

Japans Umgang mit den "Wirtschaftsflüchtlingen" aus China führte zu einigen Diskussionen. Kann man, so wurde gefragt, nach den Ereignissen vom 4. Juni noch davon ausgehen, daß diese Leute ihr Land nur aus wirtschaftlichen Gründen verlassen haben? Laufen ferner die Chinesen, die in ihre Heimat repatriiert werden, nicht in Gefahr, dort einer politisch motivierten Justiz zu verfallen? -we-

Innenpolitik

* (14) Informelle Rangfolge der politischen Führung

Bei verschiedenen Feierlichkeiten im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China trat nahezu der gesamte politische Führungskreis geschlossen auf. Aus den in mehreren Artikeln der *Volkszeitung* veröffentlichten Listen der Teilnehmer an diesen Veranstaltungen und aufgrund weiterer offizieller Namenslisten in der *Volkszeitung* konnte die folgende informelle Rangfolge innerhalb des höchsten politischen Führungskreises ermittelt werden. Sie bestätigt die in *CHINA aktuell* mehrfach vorgenommene Analyse, daß politische Entscheidungen von großer